

Editorial**Ralf Dzioblowski**

Das Problem der Zukunft ist nicht die neue Technologie, sondern ihr Markt. Die Realität wird zur Schimäre und die Schimäre Realität.



Walter Benjamin sagte, wenn Medien sich verändern, verändert sich die Gesellschaft. Die Fernsehdemokratie hat die Politik verändert, das Internet fängt gerade erst damit an. Der Umbau der Welt durch die digitale Revolution ist mit Mobiltelefon, Internet und iPad noch nicht abgeschlossen. Fotografie war die Technik, die das Abbild im 19. Jahrhundert technisch reproduzierbar machte. Durch die Kleinbildkamera entwickelte sich im 20. Jahrhundert die Fotografie zum Massenmedium für

den Privatgebrauch. Doch erst die Digitalfotografie des 21. Jahrhunderts demokratisiert das Medium vollständig. Der Fotoamateur kann heute knipsen, bis der Akku leer ist. Er kann dank Kamera, Technik und Bildbearbeitung auf dem Computer Ergebnisse erzielen, die von jenen der Profis oft nicht mehr zu unterscheiden sind. Erinnerungen in sieben Mio. Pixeln festzuhalten ist praktisch. Digitale Bearbeitung wird – anytime, anywhere, anyhow – wie selbstverständlich vorausgesetzt, weil dem Künstler gar nicht mehr zugetraut wird, mit seiner Kamera eine bestimmte Stimmung einzufangen, die mit Wirklichkeit zu tun hat. Immer öfter werden wir Kindern, die vor einem Bild stehen, erklären müssen, dass in die Realität manches „reinmontiert“ wurde. Ihnen wird was vorgepixelt, wie den 53 Prozent aller US-amerikanischen Grundschüler, die heute schon glauben, Milch sei ein synthetisches Produkt.

Das Internet verbindet alle Computer auf der Welt und transportiert jede digitalisierte Info oder Dienstleistung überallhin. Seither gibt es ein neues Wort, in dem sich alle Hoffnungen bündeln: Wissensgesellschaft. Die unbeschränkte Verfügbarkeit von „Wissen“ soll die Benachteiligten der Erde zu Wissenden machen. „Information at your fingertips“ lautet eine verlockende Formulierung von Bill Gates für das neue Versprechen. Dass die Information unter unseren Fingerspitzen gelesen, bedacht, verstanden werden muss, bevor sie wirklich zu Wissen wird, spielt eine untergeordnete Rolle. Das Medium Internet wird nicht in erster Linie als Instrument betrachtet, mit dem wichtige Ziele leichter erreicht werden können – es verschmilzt mit diesen, es wird zum Inbegriff des Fortschritts selbst. „Wir träumen von dem Tag, an dem das Internet ein Recht sein wird wie Brot“, inserierten 1995 mehrere Computerkonzerne. In dieser neuen, besseren Welt werde der Umgang mit dem PC zu einer „vierten Kulturtechnik“ neben Lesen, Schreiben, Rechnen – so sieht es Microsoft. Ein Menschenrecht wie Brot: Wenn das kein quasireligiöses Heilsversprechen ausmacht, dann ist die katholische Kirche ein Softwareunternehmen und der dialektische Materialismus eine Art Betriebssystem. Apple setzt dem Ganzen noch das i-Tüpfelchen drauf. Mit Plakaten, auf denen eBooks und richtige Bücher abgebildet waren, unter der Schlagzeile: „Die einzigen Bücher, die du brauchen wirst.“ Subtext: Bücher sind überflüssig, wenn man alle Infos auf dem Laptop mit sich herumtragen kann.

Um es klar zu sagen: Es geht nicht darum, Maschinen zu stürmen, E-Mails zu verbieten und eine kleine Blockhütte im Wald zu beziehen. Sondern darum, dass es keine Verpflichtung geben kann, bei jeder Kritik an den schädlichen Nebenwirkungen der digitalen Kultur die ganze Liste ihrer Segnungen herunterzuleiern. Es geht darum, dass freie Menschen das Recht haben, Technik zu benutzen, ohne sie anbeten zu müssen.



Foto: Photos.com

Innovationskrise

Österreich rutscht im OECD-Vergleich ab.

Arno Maierbrugger

Innovationen seien die wirtschaftliche Antwort des Westens auf billige Auftragsfertigung in Fernost, heißt es doch. Nur durch verbesserte Grundlagenforschung, Innovationsförderung, Gründerunterstützung und Forschungsfinanzierung könne sich eine Innovationsszene entwickeln, die letztlich in eine wettbewerbsfähige Ökonomie mündet.

So viel zur Theorie: Natürlich, staatliche Forschungs- und Technologieförderung bleibt eine zentrale Aufgabe moderner Gesellschaftspolitik. Das gilt vor allem für die wachstumsintensiven Leitindustrien der Zukunft wie etwa Ökologie, Nanotechnologie und dergleichen. Als Schlüsselfaktor dient eine Forschungs- und Technologiepolitik, die durch finanzielle Förderungsmaßnahmen zielgerecht auf die Umsetzung von Forschungsergebnissen aus der Wissenschaft in eine breite industrielle Anwendung einwirkt: Es „sollen Innovationspotenziale“ aktiviert werden.

Radikale Änderungen nötig

Das österreichische Ministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (BMVIT) hat in seinem letzten Jahresbericht festgestellt, dass das österreichische Innovationssystem in der Vergangenheit „im Großen und Ganzen seine Leistungsfähigkeit bewiesen“ habe. Allerdings, so das BMVIT weiter, funktioniere das Wissenschafts- und Technologiesystem in mehreren Bereichen „nur mehr eingeschränkt“. Für eine wei-

tere Steigerung der Innovationsanstrengungen und ihrer Effizienz seien „radikale Änderungen“ des Innovationssystems nötig. Vor allem solle es von fragmentierten zu koordinierten und konsistenten Eingriffen der öffentlichen Hand kommen, stellt das Ministerium fest.

Die Gesamtsumme der Ausgaben für in Österreich durchgeführte Forschung und Entwicklung (F&E) betrug 2009 2,73 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, rund 7,65 Mrd. Euro – eine Steigerung um 1,8 Prozent. Das klingt gut, liegt jedoch unter dem Durchschnitt der jährlichen Steigerungsrate zwischen 2001 und 2008 von 9,4 Prozent.

Markus Beyrer, der Generalsekretär der Industriellenvereinigung, stellte anlässlich der aktuellen Bilanz der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft Anfang April fest, dass Österreich im jüngsten OECD-Vergleich der indirekten Forschungsförderung der OECD-Länder innerhalb von drei Jahren um zwölf Plätze auf den 22. Rang abgerutscht sei. Beyrer wies darauf hin, dass 150 Unternehmen 37 Prozent der gesamten F&E-Ausgaben in Österreich investieren.

Christopher Kratky, der Präsident des Wissenschaftsfonds FWF, bemängelte, dass durch die Finanzkrise „der Wachstumspfad der Forschungsförderung verlassen wurde“. Die Diskussion, wo und wie öffentliche Mittel in das österreichische Innovationssystem investiert werden sollen, was Staatsaufgaben sind und was nicht, werde weiter zu führen sein, so Kratky.